



Protokollauszug

aus der
40. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen
vom 21.02.2024

öffentlich

**Top 5.1 Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan in Potsdam
23/SVV/0177
geändert beschlossen**

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vom 20.02.2024 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **in seiner Rolle als Mitglied des Bündnis „Sicherer Hafen“, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen**, ~~dafür Sorge zu tragen~~, dass das Bundesaufnahmeprogramm für gefährdete Menschen, die noch in Afghanistan **oder in den Nachbarländern** leben, **vereinfacht und bekannter gemacht** ~~unverzüglich auch in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt wird.~~

~~Dazu sollen kurzfristig und für einen befristeten Zeitraum städtische Mittel bereitgestellt werden, um NGO, die die Tätigkeit einer meldenden Stelle ausüben wollen, bei der Finanzierung von Personal- und Sachkosten zu unterstützen.~~

Die Stadtverordnetenversammlung soll **im Mai 2024** über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2